

Hohe Erwartungen an ein Zuwanderungsgesetz

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 218 vom 19. September 2018

I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 218 vom 19. September 2018, S. 10, unter dem Titel:

"Hohe Erwartungen. Die Bundesregierung plant ein Einwanderungsgesetz. Was kann dieses leisten? Erwartungen und Möglichkeiten klaffen auseinander."

TABELLENÜBERSICHT

| | | | |
|-----------|---|----|--|
| Tabelle | A | 1 | Parteiübergreifender Konsens für ein Zuwanderungsgesetz |
| | A | 2 | Agenda der Bürger für die Bundesregierung |
| | A | 3 | Missverständnis: Geltungsbereich eines Zuwanderungsgesetzes |
| | A | 4 | Das Zuwanderungsgesetz und das Freizügigkeitsabkommen der EU |
| | A | 5 | Zuwanderungsgesetz und Asylrecht |
| | A | 6 | Umdenken unter dem Eindruck von Argumenten |
| | A | 7 | Bei Integration in den deutschen Arbeitsmarkt: keine Abschiebung |
| | A | 8 | Viel Zustimmung zur Zuwanderung von beruflich qualifizierten Menschen |
| | A | 9 | Nur die Anhänger der AfD halten die Aufnahmekapazitäten mehrheitlich für erschöpft |
| | A | 10 | Haltungen zur Zuwanderung |
| | A | 11 | Parteikompetenz "Zuwanderung regeln" |
| | B | 1 | Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage) |
| Schaubild | | 1 | Zuwanderungsgesetz notwendig |
| | | 2 | Übersteigerte Erwartungen |
| | | 3 | Die Vorstellungen der Bürger von einem guten Zuwanderungsgesetz |
| | | 4 | Meinungsänderung im Diskurs |
| | | 5 | Arbeitskräftemangel als Argument für Zuwanderung |

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Hohe Erwartungen an ein Zuwanderungsgesetz

Vorsichtig tastet sich die Regierung an ein Zuwanderungsgesetz heran. Die große Mehrheit der Bürger ist seit Jahren überzeugt, dass Deutschland ein solches Gesetz braucht. 77

Schaubild 1

Prozent fordern ein Gesetz, das die Zuwanderung nach Deutschland regelt, nur noch 9 Prozent halten dies für nicht notwendig. Es gibt in dieser Frage einen parteiübergreifenden Konsens; selbst unter den Anhängern der Grünen, die in der Vergangenheit einer Regelung der Zuwanderung immer reservierter gegenüberstanden als die übrige Bevölkerung, halten 59 Prozent ein solches Gesetz für notwendig.

Tabelle A 1

In der politischen Agenda der Bürger rangiert die rasche Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes an prominenter Stelle. Zwar stehen innere Sicherheit, das Gesundheits- und Pflegesystem, Bildung und Renten an der Spitze der Aufgaben, um die sich die Regierung nach den Vorstellungen der Bürger in dieser Legislaturperiode unbedingt kümmern sollte. 67 Prozent ist jedoch auch die Begrenzung der Zuwanderung besonders wichtig, 65 Prozent die rasche Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes.

Tabelle A 2

Dieses Vorhaben, das auch von der Wirtschaft gefordert wird, ist für die Koalition nicht ohne Risiko. Selbst wenn man von der optimistischen Annahme ausgeht, dass die Spannungen in und zwischen den Koalitionsparteien die Debatte über ein Zuwanderungsgesetz nicht beeinflussen würden, kämpft ein solches Gesetz von vornherein mit übersteigerten Erwartungen und Fehleinschätzungen in weiten Teilen der Bevölkerung.

So erhoffen sich 43 Prozent der Bürger, dass ein Zuwanderungsgesetz den größten Teil der Zuwanderung nach Deutschland regeln würde; nur 36 Prozent gehen davon aus, dass das Gesetz nur für den kleineren Teil der Fälle gilt. Nun verzeichnet Deutschland schon seit Jahren eine erhebliche Nettozuwanderung von Ausländern. Schon vor der Flüchtlingswelle 2015 waren es mehrere hunderttausend Menschen im Jahr: 2012 rund 387.000, 2013 450.000, 2014 577.000, 2015 dann 1,16 Millionen. Vor 2015 waren es vor allem Zuzügler aus anderen EU-Ländern, 2015 bis 2016 primär Flüchtlinge. 2014 machten Zuwanderer aus der EU 51,6 Prozent der gesamten Zuwanderung aus, 2016 33,4 Prozent. Zählt man den Zuzug aus der EU und Asylsuchende zusammen, machten diese Fälle 2016 die überwältigende Mehrheit der gesamten Nettozuwanderung nach Deutschland aus. Weder die Zuwanderung aus der EU soll und kann national über ein Zuwanderungsgesetz geregelt werden noch die Asylsuche.

Schaubild 2

Hier gibt es jedoch in der Bevölkerung teilweise Missverständnisse, insbesondere jedoch auch andere Vorstellungen, was ein Zuwanderungsgesetz regeln wird und soll. Nur 37 Prozent ist bewusst, dass dieses Gesetz die Vereinbarungen zur Freizügigkeit in der EU nicht außer Kraft setzen kann. 29 Prozent sind überzeugt, dass auch die Zuwanderung aus EU-Ländern geregelt würde; überdurchschnittlich ist diese Erwartung in Ostdeutschland zu finden.

Tabelle A 3

Noch weitaus mehr wünschen sich, dass das Gesetz auch die Zuwanderung aus der EU reguliert. 44 Prozent der Bürger, in Ostdeutschland sogar 53 Prozent, wünschen sich eine Ausgestaltung des Gesetzes, die quer zum Freizügigkeitsprinzip in der EU steht. Viele Bürger verbinden mit einem Zuwanderungsgesetz ganz andere Hoffnungen und Erwartungen als die Wirtschaft. Während es der Wirtschaft primär darum geht, über ein Zuwanderungsgesetz Anreize und Erleichterungen für den Zuzug qualifizierter Kräfte aus dem Ausland zu erreichen, stehen für die Bevölkerung Kontrolle und Begrenzung im Vordergrund. Diejenigen, die von der Bundesregierung die rasche Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes fordern, wünschen in der Regel auch eine Begrenzung der Zuwanderung. So spielt auch die schon sprichwörtliche Obergrenze nicht nur in der Debatte um die Flüchtlingspolitik eine Rolle, sondern auch in den Idealvorstellungen der Bürger von einem Zuwanderungsgesetz: 69 Prozent fordern, ein solches

Tabelle A 4

Schaubild 3

Gesetz solle eine Obergrenze enthalten, wie viele Zuwanderer maximal jedes Jahr nach Deutschland kommen dürfen.

Noch mehr als an der Einbeziehung des Zuzugs aus der EU liegt der Bevölkerung daran, auch die Aufnahme von Flüchtlingen einzuschließen. 60 Prozent der Bürger halten es für wünschenswert, dass ein Zuwanderungsgesetz auch die Aufnahme von Flüchtlingen regelt. Gleichzeitig fordert jedoch auch knapp jeder Zweite, dass nur Zuwanderer zugelassen werden, die in Deutschland die Zusage für einen Arbeitsplatz haben – eine Anforderung, die Flüchtlinge natürlich in der Regel nicht erfüllen.

Schaubild 3

Wenn explizit nach Flüchtlingen aus Kriegsgebieten gefragt wird, verändert sich jedoch das Meinungsbild grundlegend: In diesem Fall plädieren nur noch 36 Prozent dafür, auch den Zuzug von Flüchtlingen in dem anstehenden Zuwanderungsgesetz zu regeln; das heißt jedoch nicht, dass die absolute Mehrheit für eine getrennte Behandlung im Rahmen der Asylgesetze votiert: 38 Prozent vertreten diese Position, während sich auffallend viele, gut ein Viertel der Bevölkerung, der Stimme enthalten. Überdurchschnittlich votieren die Anhänger der Grünen und der Linken für eine separate Behandlung von Flüchtlingen, während nur von den Anhängern der AfD die Mehrheit auch die Flucht aus Kriegsgebieten in einem Zuwanderungsgesetz regeln möchte.

Tabelle A 5

Die Prüfung, wie weit die öffentliche Meinung zu Themen und Vorhaben fest gefügt ist oder

sich unter dem Eindruck von Konkretisierungen und Argumenten verändert, ist eines der spannendsten Felder der Demoskopie. In vielen Bereichen ist die öffentliche Meinung festgefügt und verändert sich auch durch Informationen und Argumente nur begrenzt, wenn überhaupt. Die Vorstellungen, wieweit ein Zuwanderungsgesetz auch Flüchtlinge erfassen sollte, verändern sich unter dem Eindruck von Konkretisierung und Argumenten jedoch in einem Ausmaß, wie es selten zu beobachten ist. Grundsätzlich halten es 60 Prozent für wünschenswert, auch das Thema Flucht in ein Zuwanderungsgesetz einzubeziehen; wenn die Fragestellung konkret auf Flüchtlinge aus Kriegsgebieten abstellt und die Option, diese Herausforderung auch künftig über Asylgesetze zu regeln, plädieren noch 36 Prozent für die Einbeziehung in das Zuwanderungsgesetz. Wenn diese Frage dann jedoch streitig gestellt und argumentiert wird, dass Flucht und Arbeitsmigration völlig unterschiedliche Themen sind und dass es bei Kriegsflüchtlingen zunächst um Schutz geht und nicht um ihre Qualifikation für den Arbeitsmarkt, schließen sich 63 Prozent der Bürger diesem Argument an. Nur jeder Vierte vertritt die Position, dass alle Ausländer, die nach Deutschland kommen, gleichbehandelt werden sollten, unabhängig davon, ob sie als Arbeitskräfte oder Schutzsuchende kommen. Selbst unter den AfD-Anhängern schließt sich eine relative Mehrheit dem Argument an, dass Schutzsuchende nicht nach ihrer Qualifikation für den Arbeitsmarkt selektiert werden können.

Schaubild 3

Tabelle A 5

Schaubild 4

Tabelle A 6

Wenn Flüchtlinge jedoch erfolgreich in eine Ausbildung oder den Arbeitsmarkt integriert werden, spricht sich die Mehrheit dafür aus, sie dann wie qualifizierte Zuwanderer zu behandeln und auch abgelehnten Asylbewerbern ein Bleiberecht zu gewähren. 54 Prozent halten dies schon für richtig, wenn eine reguläre Ausbildung begonnen wurde, 58 Prozent im Falle einer festen Arbeitsanstellung. Tabelle A 7

Der sich verschärfende Arbeitskräftemangel in Deutschland ist aus der Sicht der Bürger das wichtigste Argument zugunsten von Zuwanderung. 51 Prozent sind aktuell überzeugt, dass Deutschland Zuwanderung braucht, um international konkurrenzfähig zu bleiben; 49 Prozent gehen davon aus, dass der Arbeitskräftebedarf in bestimmten Branchen ohne Zuwanderung nicht zu decken ist. 56 Prozent haben mit Zuwanderung kein Problem, wenn diejenigen nach Deutschland kommen, die qualifiziert sind und auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Diese Einstellungen haben in den letzten Jahren an Unterstützung gewonnen; lediglich im Spätherbst 2015, als die Bevölkerung ganz unter dem Eindruck der Flüchtlingswelle stand, schwächte sich die Überzeugung, dass Deutschland aufgrund seines Arbeitskräftebedarfs Zuwanderung braucht, vorübergehend ab, nahm gerade aber in letzter Zeit wieder steil zu. Die anhaltende Debatte über den Arbeitskräftemangel, sei es in der Pflege, im Handwerk, in der Gastronomie oder bei IT-Berufen, beeindruckt die Bevölkerung. Tabelle A 10

Tabelle A 8

Schaubild 5

Auch das Lager derjenigen, die eine weitere Zuwanderung zumindest zurzeit ablehnen, hat zugenommen, macht aber nach wie vor eine Minderheit aus. 2014 vertraten 18 Prozent die Auffassung, die Aufnahmekapazität Deutschlands für Zuwanderung sei erschöpft, Ende 2015 22 Prozent, aktuell 28 Prozent. Nur unter AfD-Anhängern wird diese Position von der Mehrheit vertreten. Der Langzeittrend zeigt, dass vor allem die Lage auf dem Arbeitsmarkt darüber entscheidet, ob Zuwanderung rundweg abgelehnt wird. 2004, als die ökonomische Situation in Deutschland schwierig war und die Zahl der Arbeitslosen und besonders auch der Langzeitarbeitslosen kontinuierlich wuchs, sprachen sich 42 Prozent der Bevölkerung gegen jedwede Zuwanderung aus.

Tabelle A 9

Schaubild 5

Während die gesteuerte Migration in den Arbeitsmarkt von der Mehrheit befürwortet wird, fürchten viele eine Migration in die Sozialsysteme. Zwei Drittel der Bürger fordern, dass die Regelung der Ansprüche auf Sozialleistungen in Deutschland keine Anreize für Zuwanderung setzen darf. Die Bevölkerung erwartet von einer Regelung der Zuwanderung, dass sie an den Interessen des Landes, von Wirtschaft und Bevölkerung ausgerichtet wird und mögliche negative Begleiterscheinungen soweit es geht begrenzt. Und die Mehrheit geht durchaus von Risiken aus; sie denkt dabei vor allem an die Entstehung und Ausweitung von Parallelgesellschaften, an Gefahren für die innere Sicherheit, die Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme und Konflikte aufgrund

Tabelle A10

kultureller Unterschiede. 60 Prozent der Bürger fürchten, dass durch Zuwanderung Parallelgesellschaften entstehen bzw. zunehmen, 58 Prozent Risiken für die innere Sicherheit, 50 Prozent vermehrte Konflikte, da unterschiedliche Kulturen und Wertvorstellungen aufeinandertreffen. Tabelle A 10

Das Vertrauen, dass die Politik die Chancen der Zuwanderung maximiert und die Risiken eingrenzt, ist begrenzt. Zwar wünscht die Mehrheit eine rasche gesetzliche Regelung der Zuwanderung, aber 43 Prozent können keine Partei benennen, der sie ein sinnvolles Konzept zutrauen. Noch am ehesten hoffen die Bürger hier auf die Unionsparteien, gefolgt von AfD und SPD. Von den Unionsparteien erhoffen sich 24 Prozent die Lösung; der AfD trauen 13 Prozent auf diesem Feld am meisten zu, der SPD 12 Prozent. Die Kompetenz der SPD wird auf diesem Feld selbst von den eigenen Anhängern eher gering eingeschätzt, noch mehr gilt dies für die FDP und die Grünen. Tabelle A 11

Die derzeitigen Debatten der Parteien, die von Misstrauen, Gereiztheit und taktischer Vorteilssuche geprägt sind, machen wenig Hoffnung auf einen sachlichen Diskurs und eine überzeugende Lösung. Notwendig wäre, schon im Vorfeld deutlich zu machen, was ein solches Gesetz leisten kann und soll und dass ein Zuwanderungsgesetz, das den Interessen von Wirtschaft und Bürgern Rechnung trägt, gleichzeitig von einer europäischen Asylregelung flankiert werden muss.

UNTERSUCHUNGSDATEN

| | |
|--------------------------|--|
| Befragter Personenkreis: | Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland |
| Anzahl der Befragten: | 1258 |
| Befragungszeitraum: | 1. September bis 13. September 2018 |
| Methode: | Repräsentative Quotenauswahl |
| Art der Interviews: | Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face) |

Anhangtabellen

Parteiübergreifender Konsens für ein
Zuwanderungsgesetz

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist Ihre Meinung: Brauchen wir in Deutschland ein Zuwanderungs-
gesetz, also ein Gesetz, das die Zuwanderung regelt, oder ist das in
Ihren Augen nicht notwendig?"

| | Bevölk. insg. % | Anhänger der - | | | | | |
|--------------------------|---------------------------|------------------|------------|------------|---------------------|-------------------|------------|
| | | CDU/ CSU % | SPD % | FDP % | B.90/ Grüne % | DIE LINKE % | AfD % |
| Brauchen Gesetz..... | 77 | 79 | 73 | 87 | 59 | 79 | 91 |
| Ist nicht notwendig..... | 9 | 10 | 8 | 7 | 17 | 7 | 5 |
| Unentschieden | 14 | 11 | 19 | 6 | 24 | 14 | 4 |
| | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, September 2018

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die nächsten Jahre denken: Worum sollte sich die Bundesregierung Ihrer Meinung nach besonders kümmern, was wäre Ihnen besonders wichtig? Bitte legen Sie die entsprechenden Karten heraus."

| | Bevölk. insg. |
|--|---------------|
| | % |
| Sicherheit, Bekämpfung der Kriminalität..... | 81 |
| Für ein zukunftssicheres und bezahlbares Gesundheitssystem sorgen.... | 81 |
| Für ausreichend Pflegekräfte sorgen..... | 80 |
| Den Terrorismus entschieden bekämpfen..... | 79 |
| Die sozialen Unterschiede, die Unterschiede zwischen Arm und Reich verringern | 77 |
| Für gute Schulen und Hochschulen sorgen..... | 76 |
| Die Renten auf dem heutigen Niveau sichern | 74 |
| Die Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge bekämpfen . | 72 |
| Die Zuwanderung nach Deutschland begrenzen..... | 67 |
| Stärkere Förderung von Familien mit Kindern | 66 |
| Dass rasch ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet wird | 65 |
| Politischen Extremismus bekämpfen..... | 63 |
| Dass die Belastungen durch Steuern und Abgaben sinken | 63 |
| Den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben..... | 61 |
| Bekämpfung der Arbeitslosigkeit | 57 |
| Die Angebote zur Kinderbetreuung ausbauen..... | 54 |
| Die Digitalisierung vorantreiben, z.B. das schnelle Internet ausbauen..... | 50 |
| Das Schienen- und Straßennetz sanieren und ausbauen | 49 |
| Dass die Flüchtlinge gut in Deutschland integriert werden | 49 |
| Sich für die EU, den europäischen Zusammenhalt einsetzen | 44 |
| Die Energiewende vorantreiben | 43 |
| Dass die öffentliche Verwaltung modernisiert wird, also dass z.B. Behördengänge über das Internet erledigt werden können | 39 |
| Die Staatsschulden abbauen..... | 39 |
| Die Beziehungen zu Russland verbessern..... | 37 |
| Die Bundeswehr besser ausrüsten..... | 33 |
| Dass rasch Stromtrassen gebaut werden, die Windstrom aus dem Norden in den Süden transportieren..... | 31 |
| Gut Beziehungen zu den USA sicherstellen..... | 31 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, September 2018

Missverständnis: Geltungsbereich eines
Zuwanderungsgesetzes

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Bundesregierung plant jetzt ein Zuwanderungsgesetz. Nach allem, was Sie wissen oder vermuten: Würde ein Zuwanderungsgesetz auch für Personen gelten, die aus anderen EU-Ländern nach Deutschland einwandern möchten, oder würde ein Zuwanderungsgesetz für diese Personen nicht gelten?"

| | Bevölk. insg. | West | Ost |
|------------------------------------|------------------|-----------|-----------|
| | % | % | % |
| Auch für Personen aus der EU | 29 | 27 | 40 |
| Würde nicht gelten | 37 | 39 | 26 |
| Weiß nicht, unentschieden..... | 34 | 34 | 34 |
| | <hr/> 100 | <hr/> 100 | <hr/> 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, September 2018

Das Zuwanderungsgesetz und das
Freizügigkeitsabkommen der EU

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Bundesregierung plant jetzt ein Zuwanderungsgesetz. Einmal unabhängig davon, ob Sie ein Zuwanderungsgesetz für notwendig halten oder nicht: Wie sollte dieses Zuwanderungsgesetz Ihrer Meinung nach aussehen? Was von der Liste würden Sie nennen?"
(Listenvorlage)

| Bevölk. insg. | West | Ost |
|---------------|------|-----|
| % | % | % |

Auszug aus den Vorgaben

| | | | |
|---|----|----|----|
| Das Zuwanderungsgesetz sollte auch die Zuwanderung von Personen aus anderen EU-Ländern regeln | 44 | 42 | 53 |
|---|----|----|----|

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage, 11092, September 2018

FRAGE: "Wenn in Deutschland ein Zuwanderungsgesetz eingeführt wird: Sollte dieses Gesetz dann auch für Flüchtlinge gelten, die aus Kriegsregionen nach Deutschland kommen, oder muss für Flüchtlinge auf alle Fälle weiter das Asylgesetz gelten?"

| | Bevölk. insg. % | Anhänger der - | | | | | |
|----------------------------|-----------------------|------------------|------------|------------|---------------------|-------------------|------------|
| | | CDU/ CSU % | SPD % | FDP % | B.90/ Grüne % | DIE LINKE % | AfD % |
| Auch für Flüchtlinge..... | 36 | 35 | 33 | 28 | 24 | 39 | 54 |
| Weiter das Asylgesetz..... | 38 | 37 | 38 | 39 | 60 | 46 | 24 |
| Unentschieden | 26 | 28 | 29 | 33 | 16 | 15 | 22 |
| | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> | <u>100</u> |

Umdenken unter dem Eindruck von Argumenten

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei darüber, ob es in Deutschland unterschiedliche Regelungen für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten und andere Zuwanderer, die hier arbeiten bzw. leben wollen, geben sollte. Welcher von beiden sagt das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)

| | Bev. insg. % | Anhänger der AfD % |
|---|-----------------|-----------------------|
| "Für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten sollten andere Regelungen gelten als für Zuwanderer, die hierher kommen, um zu arbeiten und zu leben. Bei den Flüchtlingen geht es nur um Schutz, da kann man nicht nach der Qualifikation für den Arbeitsmarkt auswählen." | 63 | 48 |
| "Das sehe ich anders. Ich finde, man sollte alle Ausländer, die zu uns kommen, gleich behandeln. Es sollten daher die gleichen Regelungen gelten, egal ob jemand bei uns Schutz sucht oder hier arbeiten und leben möchte." | 25 | 40 |
| Unentschieden..... | 12 | 12 |
| | <hr/> 100 | <hr/> 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, September 2018

Bei Integration in den deutschen Arbeitsmarkt:
keine Abschiebung

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Sollten abgelehnte Asylbewerber, die in Deutschland bereits eine Ausbildung begonnen haben, in ihr Heimatland abgeschoben werden, oder sollte man ihnen erlauben, in Deutschland zu bleiben?"

| | Bevölk. insg. % |
|---------------------|--------------------|
| Abschieben | 23 |
| Hier bleiben | 54 |
| Unentschieden | 23 |
| | <hr/> |
| | 100 |

FRAGE: "Was meinen Sie: Sollten abgelehnte Asylbewerber, die in Deutschland bereits eine feste Arbeitsanstellung haben, in ihr Heimatland abgeschoben werden, oder sollte man ihnen erlauben, in Deutschland zu bleiben?"

| | Bevölk. insg. % |
|---------------------|--------------------|
| Abschieben | 21 |
| Hier bleiben | 58 |
| Unentschieden | 21 |
| | <hr/> |
| | 100 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, September 2018

Viel Zustimmung zur Zuwanderung von beruflich qualifizierten Menschen

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?" (Listenvorlage)

| | Bevölk. insg. | | | |
|--|---------------|------|------|------|
| | 2010 | 2014 | 2015 | 2018 |
| | % | % | % | % |
| Auszug aus den Vorgaben | | | | |
| Zuwanderung ist dann kein Problem, wenn die richtigen Zuwanderer nach Deutschland kommen, z.B. junge, qualifizierte Leute, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden | 53 | 59 | 49 | 56 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11092

Nur die Anhänger der AfD halten die Aufnahmekapazitäten mehrheitlich für erschöpft

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?" (Listenvorlage)

| | Bevölk. insg. % | Anhänger der - | | | | | |
|---|-----------------------|------------------|----------|----------|---------------------|-------------------|----------|
| | | CDU/ CSU % | SPD % | FDP % | B.90/ Grüne % | DIE LINKE % | AfD % |
| Auszug aus den Vorga- | | | | | | | |
| Bei uns leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren aufnehmen | 28 | 25 | 18 | 30 | 12 | 26 | 67 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, September 2018

Haltungen zur Zuwanderung

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?"

| | Bevölk. insg. |
|---|---------------|
| | % |
| Ausländer, die zu uns kommen, müssen mehr als bisher auf einen kriminellen Hintergrund hin überprüft werden..... | 73 |
| Es muss sichergestellt werden, dass die Sozialleistungen in Deutschland keine Anreize für Ausländer bieten, hierher zu kommen..... | 66 |
| Es besteht die Gefahr, dass durch Zuwanderung Parallelgesellschaften entstehen, in denen eigene Werte, Regeln und Gesetze gelten..... | 60 |
| Durch mehr Zuwanderung besteht die Gefahr, dass die Kriminalität steigt..... | 58 |
| Wir sollten keine Armutszuwanderer mehr nach Deutschland lassen..... | 57 |
| Zuwanderung ist dann kein Problem, wenn die richtigen Zuwanderer nach Deutschland kommen, z.B. junge, qualifizierte Leute, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden..... | 56 |
| Wir brauchen die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, um international konkurrenzfähig zu bleiben..... | 51 |
| Durch Zuwanderung wird das Zusammenleben schwieriger, da verschiedene Kulturen und Wertvorstellungen aufeinander treffen .. | 50 |
| Wir brauchen Zuwanderung, um den Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft in bestimmten Bereichen zu decken..... | 49 |
| Unsere Kultur, das was Deutschland ausmacht, geht durch die Zuwanderung immer mehr verloren..... | 46 |
| Bei uns werden zu wenig Kinder geboren, darum brauchen wir mehr Zuwanderung..... | 31 |
| Bei uns leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren mehr aufnehmen..... | 28 |
| Solange es bei uns (so viele) Arbeitslose gibt, brauchen wir keine Zuwanderung..... | 27 |
| Zuwanderung tut unserer Gesellschaft gut, sie wird dadurch offener und lebendiger..... | 24 |

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, September 2018

Parteikompetenz "Zuwanderung regeln"

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Parteien in Deutschland denken: Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, den Zugang von Ausländern sinnvoll zu regeln, wen würden Sie da nennen?"

| | Bevölk. insg. % | Anhänger der - | | | | | |
|------------------------------|---------------------------|------------------|------------|------------|---------------------|-------------------|------------|
| | | CDU/ CSU % | SPD % | FDP % | B.90/ Grüne % | DIE LINKE % | AfD % |
| CDU oder CSU | 24 | 55 | 7 | 5 | 7 | 7 | 7 |
| SPD | 12 | 4 | 34 | 2 | 15 | 8 | 1 |
| FDP | 4 | 3 | 2 | 29 | 5 | 2 | x |
| B.90/Die Grünen..... | 4 | 3 | 4 | x | 21 | 2 | 1 |
| Die Linke | 4 | x | 4 | x | 6 | 30 | x |
| AfD | 13 | 2 | 6 | 15 | 2 | 5 | 69 |
| Andere Partei | 1 | x | x | x | x | 7 | x |
| Keine Partei/Weiß nicht..... | 43 | 37 | 51 | 51 | 54 | 44 | 26 |
| | <u>105</u> | <u>104</u> | <u>108</u> | <u>102</u> | <u>110</u> | <u>105</u> | <u>104</u> |

x= weniger als 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, September 2018

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

| | CDU/ CSU % | FDP % | SPD % | Bü.90/ GRÜNE % | DIE LINKE % | AfD % | Sonstige % |
|--------------------------|------------------|----------|----------|----------------------|-------------------|----------|---------------|
| Bundestagswahl | | | | | | | |
| 27.9.2009 | 33,8 | 14,6 | 23,0 | 10,7 | 11,9 | - | 6,0 |
| 2009: Jahresdurchschnitt | 36,0 | 13,5 | 24,0 | 11,5 | 10,5 | - | 4,5 |
| 2010: Jahresdurchschnitt | 33,0 | 8,0 | 28,0 | 16,0 | 9,5 | - | 5,5 |
| 2011: Jahresdurchschnitt | 33,5 | 5,0 | 28,5 | 19,0 | 7,5 | - | 6,5 |
| 2012: Jahresdurchschnitt | 35,5 | 4,5 | 29,0 | 14,5 | 6,5 | - | 10,0 |
| Bundestagswahl | | | | | | | |
| 22.9.2013 | 41,5 | 4,8 | 25,7 | 8,4 | 8,6 | 4,7 | 6,3 |
| 2013: Jahresdurchschnitt | 39,5 | 5,5 | 26,0 | 12,5 | 7,5 | - | 9,0 |
| 2014: Jahresdurchschnitt | 40,5 | 4,0 | 26,0 | 10,0 | 8,5 | 6,0 | 5,0 |
| 2015: Jahresdurchschnitt | 40,0 | 5,0 | 26,0 | 10,0 | 9,0 | 5,5 | 4,5 |
| 2016: Jahresdurchschnitt | 34,0 | 7,5 | 23,0 | 11,0 | 9,0 | 11,0 | 4,5 |
| Bundestagswahl | | | | | | | |
| 24.9.2017 | 32,9 | 10,7 | 20,5 | 8,9 | 9,2 | 12,6 | 5,2 |
| 2017: Jahresdurchschnitt | 36,0 | 9,0 | 25,0 | 8,5 | 8,5 | 9,0 | 4,0 |
| 2018: 5. bis 18. Januar | 34,0 | 10,0 | 21,0 | 10,5 | 8,5 | 12,0 | 4,0 |
| 2. - 15. Februar | 32,0 | 11,0 | 17,5 | 12,0 | 9,5 | 13,0 | 5,0 |
| 2. - 15. März | 34,0 | 10,0 | 19,0 | 11,0 | 10,0 | 12,5 | 3,5 |
| 3. - 17. April | 34,0 | 10,0 | 20,5 | 11,0 | 9,0 | 12,0 | 3,5 |
| 24. April - 8. Mai | 34,0 | 9,0 | 20,0 | 11,0 | 10,0 | 11,5 | 4,5 |
| 1. - 13. Juni | 33,0 | 9,5 | 21,0 | 11,0 | 9,5 | 13,0 | 3,0 |
| 1. - 12. Juli | 30,5 | 9,5 | 20,0 | 12,0 | 9,0 | 15,0 | 4,0 |
| 27. Juli - 9. Aug. | 31,0 | 9,0 | 20,0 | 12,5 | 9,0 | 14,5 | 4,0 |
| 1. - 13. September | 31,5 | 8,5 | 19,5 | 12,5 | 9,0 | 15,0 | 4,0 |

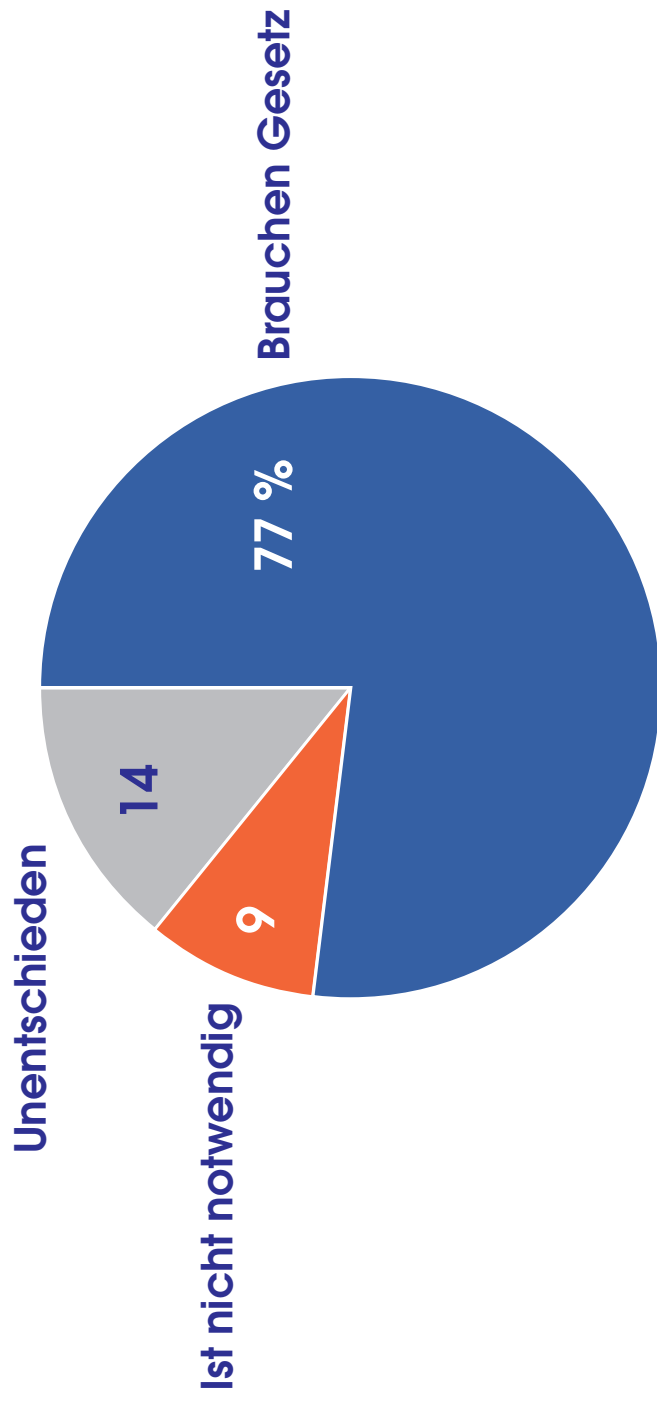
Befragt wurden insgesamt 1.258 Personen

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 11092

Schaubilder

Zuwanderungsgesetz notwendig

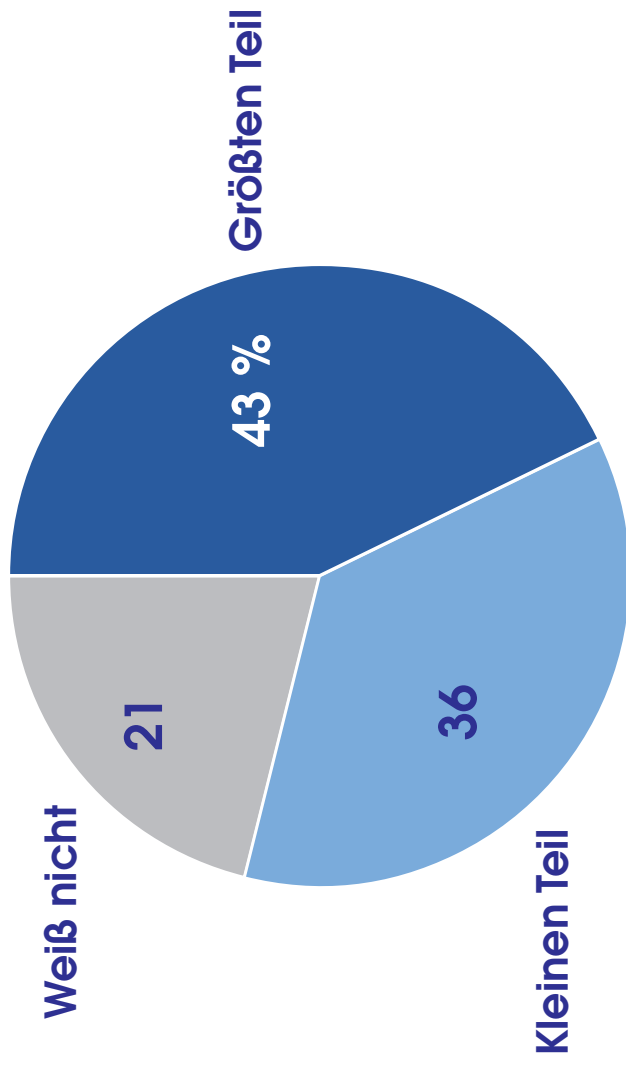
Frage: "Wie ist Ihre Meinung: Brauchen wir in Deutschland ein Zuwanderungsgesetz, also ein Gesetz, das die Zuwanderung regelt, oder ist das in Ihren Augen nicht notwendig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1 1092

Übersteigerte Erwartungen

Frage: "Und glauben Sie, dass man mit einem solchen Zuwanderungsgesetz den größten Teil der Zuwanderung nach Deutschland steuern könnte, oder nur einen kleinen Teil?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 1 1092

Die Vorstellungen der Bürger von einem guten Zuwanderungsgesetz

Frage: "Die Bundesregierung plant jetzt ein Zuwanderungsgesetz. Einmal unabhängig davon, ob Sie ein Zuwanderungsgesetz für notwendig halten oder nicht: Wie sollte dieses Zuwanderungsgesetz Ihrer Meinung nach aussehen? Was von der Liste würden Sie nennen?"

78 %

Das Zuwanderungsgesetz sollte eine möglichst genaue Überprüfung der Zuwanderer sicherstellen

69

Es sollte eine Obergrenze geben, wie viele Zuwanderer maximal pro Jahr nach Deutschland kommen dürfen

60

Das Zuwanderungsgesetz sollte auch die Aufnahme von Flüchtlingen regeln

48

Es muss sichergestellt werden, dass nicht die Chancen von deutschen Arbeitssuchenden beeinträchtigt werden

48

Es sollte sichergestellt werden, dass nur solche Zuwanderer zu uns kommen, die in Deutschland einen Arbeitsplatz haben

44

Das Zuwanderungsgesetz sollte auch die Zuwanderung von Personen aus anderen EU-Ländern regeln

30

Es sollte jeder Ausländer zu uns kommen dürfen, der eine qualifizierte Berufsausbildung hat

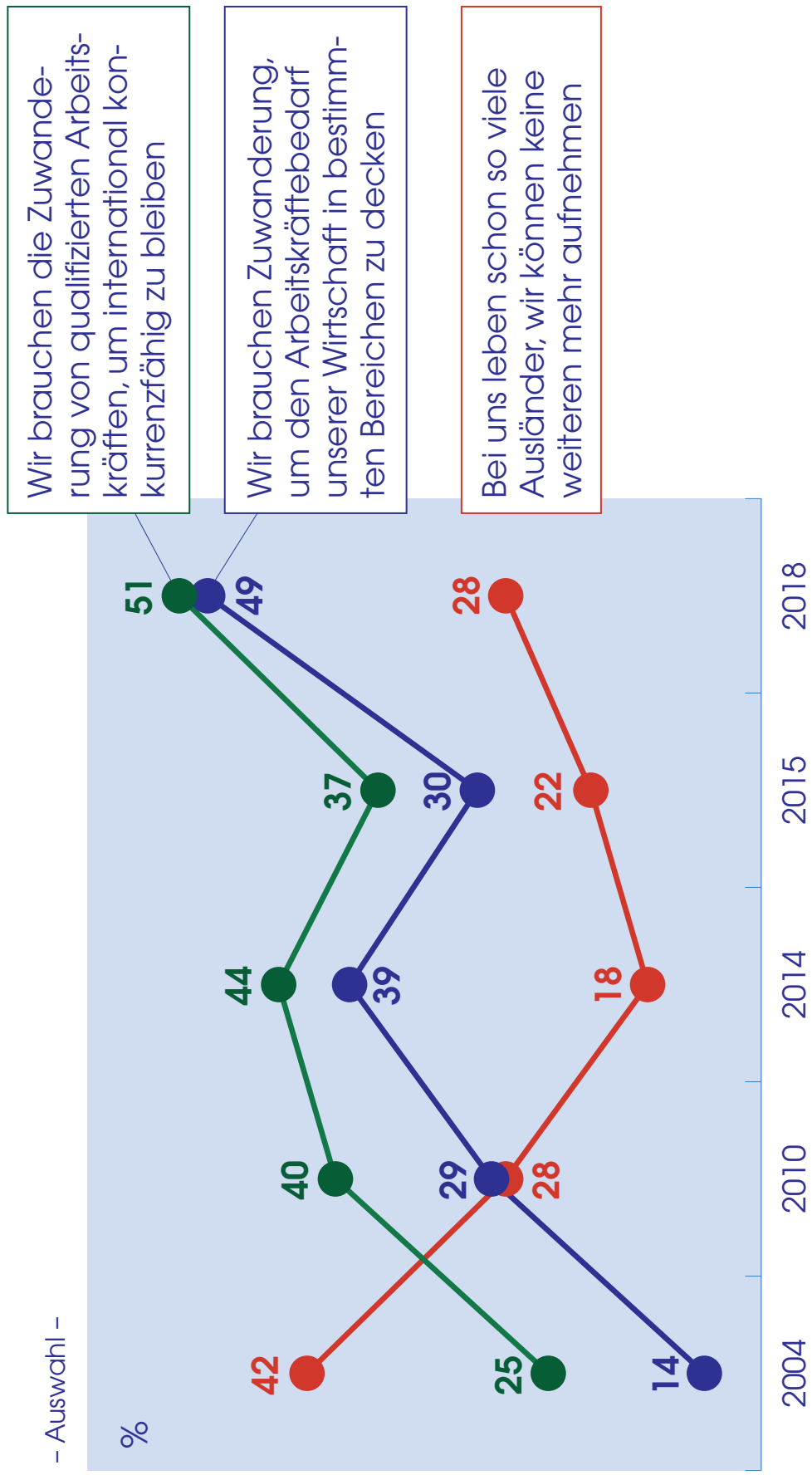
Meinungsänderung im Diskurs

| | Bevölkerung insgesamt % | West- deutschland % | Ost- deutschland % |
|--|-------------------------------|---------------------------|--------------------------|
| <p>"Für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten sollten andere Regelungen gelten als für Zuwanderer, die hierher kommen, um zu arbeiten und zu leben. Bei den Flüchtlingen geht es nur um Schutz, da kann man nicht nach der Qualifikation für den Arbeitsmarkt auswählen."</p> | 63 | 65 | 50 |
| <p>"Das sehe ich anders. Ich finde, man sollte alle Ausländer, die zu uns kommen, gleich behandeln. Es sollten daher die gleichen Regelungen gelten, egal ob jemand bei uns Schutz sucht oder hier arbeiten und leben möchte."</p> | 25 | 23 | 35 |
| Unentschieden | 12 | 12 | 15 |
| | 100 | 100 | 100 |

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092

Arbeitskräftemangel als Argument für Zuwanderung

Frage: "Hier auf der Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfragen, zuletzt 11092

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 218
vom 19. September 2018, S. 10, unter dem Titel:

"Hohe Erwartungen. Die Bundesregierung plant ein
Einwanderungsgesetz. Was kann dieses leisten?
Erwartungen und Möglichkeiten klaffen
auseinander."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Hohe Erwartungen



Die Bundesregierung plant ein Einwanderungsgesetz. Was kann dieses leisten? Erwartungen und Möglichkeiten klaffen auseinander.

Von Professor Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

Vorsichtig tastet sich die Regierung an ein Einwanderungsgesetz heran. Die große Mehrheit der Bürger ist seit Jahren überzeugt, dass Deutschland ein solches Gesetz braucht. 77 Prozent fordern ein Gesetz, das die Einwanderung nach Deutschland regelt, nur neun Prozent halten dies für nicht notwendig. Es gibt in dieser Frage einen parteiübergreifenden Konsens; selbst unter den Anhängern der Grünen halten 59 Prozent ein solches Gesetz für notwendig.

In der politischen Agenda der Bürger rangiert ein Einwanderungsgesetz an prominenter Stelle. Zwar stehen innere Sicherheit, Gesundheit und Pflege, Bildung und Renten an der Spitze der Aufgaben, um die sich die Regierung nach den Vorstellungen der Bürger in dieser Legislaturperiode unbedingt kümmern sollte. 67 Prozent ist jedoch auch die Begrenzung der Einwanderung besonders wichtig, 65 Prozent die rasche Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes.

Dieses Vorhaben, das auch von der Wirtschaft gefordert wird, ist für die Koalition nicht ohne Risiko. Selbst wenn man annimmt, dass die Spannungen in und zwischen den Koalitionsparteien die Debatte über ein Einwanderungsgesetz nicht beeinflussen würden, kämpft ein solches Gesetz von vornherein mit übersteigerten Erwartungen und Fehleinschätzungen in weiten Teilen der Bevölkerung.

So erhoffen sich 43 Prozent der Bürger, dass ein Einwanderungsgesetz den größten Teil der Einwanderung nach Deutschland regeln würde; nur 36 Prozent meinen, das Gesetz gelte nur für den kleineren Teil der Fälle. Nun verzeichnet Deutschland schon seit Jahren eine erheb-

lich und Argumente nur begrenzt, wenn überhaupt. Die Vorstellungen, wieweit ein Einwanderungsgesetz auch Flüchtlinge erfassen sollte, verändern sich unter dem Eindruck von Konkretisierung und Argumenten jedoch in einem Ausmaß, wie es selten zu beobachten ist. Grundsätzlich halten es 60 Prozent für wünschenswert, auch das Thema Flucht in ein Einwanderungsgesetz einzubeziehen; wenn die Fragestellung konkret auf Flüchtlinge aus Kriegsgebieten abstellt und die Option, diese Herausforderung

nen und Argumente nur begrenzt, wenn überhaupt. Die Vorstellungen, wieweit ein Einwanderungsgesetz auch Flüchtlinge erfassen sollte, verändern sich unter dem Eindruck von Konkretisierung und Argumenten jedoch in einem Ausmaß, wie es selten zu beobachten ist. Grundsätzlich halten es 60 Prozent für wünschenswert, auch das Thema Flucht in ein Einwanderungsgesetz einzubeziehen; wenn die Fragestellung konkret auf Flüchtlinge aus Kriegsgebieten abstellt und die Option, diese Herausforderung

nen und Argumente nur begrenzt, wenn überhaupt. Die Vorstellungen, wieweit ein Einwanderungsgesetz auch Flüchtlinge erfassen sollte, verändern sich unter dem Eindruck von Konkretisierung und Argumenten jedoch in einem Ausmaß, wie es selten zu beobachten ist. Grundsätzlich halten es 60 Prozent für wünschenswert, auch das Thema Flucht in ein Einwanderungsgesetz einzubeziehen; wenn die Fragestellung konkret auf Flüchtlinge aus Kriegsgebieten abstellt und die Option, diese Herausforderung

integriert werden, spricht sich die Mehrheit dafür aus, sie dann wie qualifizierte Zuwanderer zu behandeln und auch abgelehnten Asylbewerbern ein Bleiberecht zu gewähren. 54 Prozent halten dies schon für richtig, wenn eine reguläre Ausbildung begonnen wurde, 58 Prozent im Falle einer festen Anstellung.

Der Arbeitskräftemangel ist aus der Sicht der Bürger das wichtigste Argument zugunsten von Einwanderung. 51 Prozent sind aktuell überzeugt, dass Deutschland Einwanderung braucht, um konkurrenzfähig zu bleiben; 49 Prozent glauben, dass der Arbeitskräftebedarf in bestimmten Branchen ohne Einwanderung nicht zu decken ist. 56 Prozent haben mit Einwanderung kein Problem, wenn diejenigen nach Deutschland kommen, die qualifiziert sind und auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Diese Einstellungen haben an Unterstützung gewonnen; lediglich im Spätherbst 2015 schwächte sich diese Überzeugung vorübergehend ab, nahm gerade aber in letzter Zeit wieder steil zu. Die anhaltende Debatte über Arbeitskräftemangel, sei es in der Pflege, im Handwerk, in der Gastronomie oder bei IT-Berufen, beeindruckt die Bevölkerung.

Das Lager derjenigen, die eine weitere Einwanderung zumindest zurzeit ablehnen, hat zugenommen, macht aber nach wie vor eine Minderheit aus. 2014 vertraten 18 Prozent die Auffassung, die Aufnahmekapazität Deutschlands sei erschöpft, Ende 2015 22 Prozent, aktuell 28 Prozent. Nur unter AfD-Anhängern wird diese Position von der Mehrheit vertreten. Der Langzeitrend zeigt, dass vor allem die Lage auf dem Arbeitsmarkt darüber entscheidet, ob Einwanderung rundweg abgelehnt wird. 2004, als die ökonomische Situation schwierig war und die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich wuchs, sprachen sich 42 Prozent gegen jede Einwanderung aus.

Während die gesteuerte Migration in den Arbeitsmarkt von der Mehrheit befürwortet wird, fürchten viele eine Migration in die Sozialsysteme. Zwei Drittel fordern, dass die Regelung der Ansprüche auf Sozialleistungen keine Anreize für Einwanderung setzen darf. Die Bevölkerung erwartet von einer Regelung, dass sie an den Interessen des Landes, von

Nur 37 Prozent der Bürger wissen, dass ein Gesetz die EU-Freizügigkeit nicht außer Kraft setzen kann.

liche Nettoeinwanderung von Ausländern. Schon vor 2015 waren es mehrere hunderttausend Menschen im Jahr: 2012 rund 387 000, 2013 450 000, 2014 577 000, 2015 dann 1,16 Millionen. Vor 2015 kamen die Zuzügler meist aus anderen EU-Ländern, 2015 bis 2016 primär Flüchtlinge. 2014 machten Zuwanderer aus der EU 51,6 Prozent der gesamten Einwanderung aus, 2016 nur 33,4 Prozent. Weder die Einwanderung aus der EU soll und kann national über ein Einwanderungsgesetz geregelt werden noch die Asylsuche.

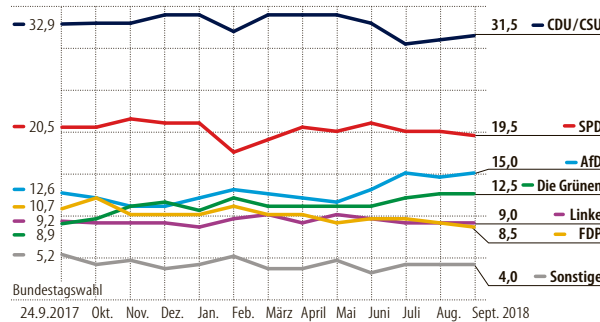
Hier gibt es jedoch in der Bevölkerung teilweise Missverständnisse, insbesondere jedoch andere Vorstellungen, was ein Gesetz regeln wird und soll. Nur 37 Prozent ist bewusst, dass dieses Gesetz die Vereinbarungen zur Freizügigkeit in der EU nicht außer Kraft setzen kann. 29 Prozent sind überzeugt, dass auch die Einwanderung aus EU-Ländern geregelt würde; überdurchschnittlich ist diese Erwartung in Ostdeutschland zu finden.

Verbreitet ist der Wunsch, dass das Gesetz auch die Einwanderung aus der EU reguliert. 44 Prozent, in Ostdeutschland sogar 53 Prozent, wünschen sich eine Ausgestaltung des Gesetzes, die quer zum Freizügigkeitsprinzip in der EU steht. Während es der Wirtschaft primär darum geht, über ein Einwanderungsgesetz Anreize und Erleichterungen für den Zuzug qualifizierter Kräfte aus dem Ausland zu erreichen, stehen für die Bevölkerung Kontrolle und Begrenzung im Vordergrund. Diejenigen, die die rasche Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes fordern, wünschen meist auch eine Begrenzung der Einwanderung. So spielt auch die Obergrenze nicht nur in der Debatte um die Flüchtlingspolitik eine Rolle, sondern auch in den Idealvorstellungen der Bürger von einem Einwanderungsgesetz: 69 Prozent fordern, ein solches Gesetz solle eine Obergrenze für die jährliche Einwanderung enthalten.

Noch mehr als an der Einbeziehung des Zuzugs aus der EU liegt der Bevölkerung daran, auch die Aufnahme von Flüchtlingen einzuschließen. 60 Prozent der Bürger halten es für wünschenswert,

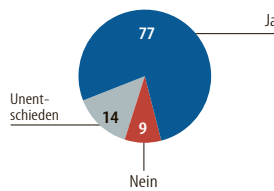
Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

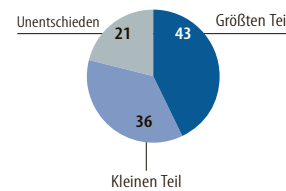


Das Einwanderungsgesetz und die Erwartungen

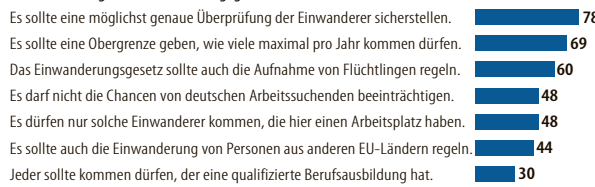
Brauchen wir in Deutschland ein Einwanderungsgesetz? (in %)



Kann man mit dem Einwanderungsgesetz den größten Teil der Einwanderung steuern? (in %)



Wie sollte ein gutes Einwanderungsgesetz aussehen? (in %)



gen in dem anstehenden Einwanderungsgesetz zu regeln; das heißt jedoch nicht, dass die absolute Mehrheit für eine getrennte Behandlung im Rahmen der Asylgesetze votiert: 38 Prozent vertreten diese Position, während sich gut ein Viertel der Bevölkerung der Stimme enthält. Überdurchschnittlich votieren Anhänger von Grünen und Linken für eine separate Behandlung von Flüchtlingen, während nur von den Anhängern der AfD die Mehrheit auch Flucht aus Kriegsgebieten in einem Einwanderungsgesetz regeln möchte.

Die Prüfung, wieweit die öffentliche Meinung zu Themen und Vorhaben fest gefügt ist oder sich unter dem Eindruck von Konkretisierungen und Argumenten verändert, ist eines der spannendsten Felder der Demoskopie. In vielen Bereichen ist die öffentliche Meinung fest gefügt und verändert sich auch durch Informatio-

nen und Argumente nur begrenzt, wenn überhaupt. Die Vorstellungen, wieweit ein Einwanderungsgesetz auch Flüchtlinge erfassen sollte, verändern sich unter dem Eindruck von Konkretisierung und Argumenten jedoch in einem Ausmaß, wie es selten zu beobachten ist. Grundsätzlich halten es 60 Prozent für wünschenswert, auch das Thema Flucht in ein Einwanderungsgesetz einzubeziehen; wenn die Fragestellung konkret auf Flüchtlinge aus Kriegsgebieten abstellt und die Option, diese Herausforderung

nen und Argumente nur begrenzt, wenn überhaupt. Die Vorstellungen, wieweit ein Einwanderungsgesetz auch Flüchtlinge erfassen sollte, verändern sich unter dem Eindruck von Konkretisierung und Argumenten jedoch in einem Ausmaß, wie es selten zu beobachten ist. Grundsätzlich halten es 60 Prozent für wünschenswert, auch das Thema Flucht in ein Einwanderungsgesetz einzubeziehen; wenn die Fragestellung konkret auf Flüchtlinge aus Kriegsgebieten abstellt und die Option, diese Herausforderung

Als größtes Risiko der Zuwanderung gilt die Bildung von Parallelgesellschaften.

Wirtschaft und Bevölkerung ausgerichtet wird und negative Begleiterscheinungen möglichst begrenzt. Die Mehrheit denkt dabei vor allem an die Entstehung und Ausweitung von Parallelgesellschaften, an Gefahren für die innere Sicherheit, die Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme und Konflikte aufgrund kultureller Unterschiede. 60 Prozent fürchten, dass durch Einwanderung Parallelgesellschaften entstehen oder zunehmen, 58 Prozent Risiken für die innere Sicherheit, 50 Prozent vermehrte Konflikte, da unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen.

Das Vertrauen, dass die Politik die Chancen der Einwanderung maximiert und die Risiken eingrenzt, ist begrenzt. Zwar wünscht die Mehrheit eine rasche gesetzliche Regelung, aber 43 Prozent können keine Partei benennen, der sie ein sinnvolles Konzept vertrauen. Noch am ehesten hoffen die Bürger auf die Unionsparteien, gefolgt von AfD und SPD. Von der Union erhoffen sich 24 Prozent die Lösung; der AfD trauen 13 Prozent hier am meisten zu, der SPD 12 Prozent. Die Kompetenz der SPD wird auf diesem Feld selbst von den eigenen Anhängern eher gering eingeschätzt, noch mehr gilt dies für FDP und Grüne.

Die derzeitigen Debatten der Parteien, die von Misstrauen, Gereiztheit und taktischer Vorteilssuche geprägt sind, machen wenig Hoffnung auf eine überzeugende Lösung. Notwendig wäre, schon im Vorfeld deutlich zu machen, was ein solches Gesetz leisten kann und soll und dass ein Einwanderungsgesetz, das den Interessen von Wirtschaft und Bürgern Rechnung trägt, gleichzeitig von einer europäischen Asylregelung flankiert werden muss.